

Rheingauer Bote

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.— ohne Bestellgeld.
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Rüdesheimer Zeitung
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Anzeigenpreis: 25 Pfg. für die einpaltige Petitzeile, für auswärtige Anzeigen 30 Pfg. Textzeile im Reklamenteil 90 Pfg. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch. Druck und Verlag:
A. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 125.

Montag, den 25. Oktober 1920.

44. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Wasserleitungen, Gasleitungen, Gasmesser, Badesen zc. vor Kälte und Frost zu schützen.

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß zur Verhütung von Störungen sowohl in der Wasser- wie in der Gaszuführung alle Leitungen, Messer, Badesen, Heißwasser-Apparate usw. vor Kälte und Frost geschützt werden müssen.

Bei Wasserleitungen und Apparaten treten durch Frost hervorgerufene Schäden meist leichter in Erscheinung, wogegen eine Feststellung solcher an Gasleitungen und Messern oft sehr erschwert ist. Sie lassen sich aber von vornherein verhindern, wenn den Leitungen und Apparaten einige Sorgfalt zugewendet, die freiliegende Wasserleitung gut umhüllt, bzw. zeitig entleert und dafür gesorgt wird, daß in den Räumen, in denen sich Leitungen und Apparate befinden, die Temperatur nicht unter der Gefrierpunkt zurückgeht; daher ist das möglichst dauernde Schließen der Fenster dieser Frostgefahr, besonders zur Nachtzeit, erstes Erfordernis.

Rüdesheim, den 23. Oktober 1920.

Die Verwaltung der städt. Werke:
Kraß.

Die Inlandssegnungsarbeiten an den Gräbern auf dem neuen Friedhof sind bis zum 28. Oktober, abends 6 Uhr zu vollenden. Von dieser Zeit ab bleibt der Friedhof für jealiche Arbeiten bis zum 1. November geschlossen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mk. geahndet.

Rüdesheim, den 21. Oktober 1920.

Der Magistrat: Neumann.

Laut Beschluß des städtischen Verkaufsausschusses sind infolge bedeutender Erhöhung der Kohlenpreise, die Preise für elektrischen Strom rückwirkend ab 1. September d. Js. wie folgt festgesetzt:

1. für Licht auf 3.60 Mk. pro R.-W.-St.
2. für Kraft auf 2.00 Mk. pro R.-W.-St.

Rüdesheim, den 22. Oktober 1920.

Der Magistrat: Neumann.

Bei Geschwister Hirschmann, Grabenstraße und Heulein Reichert, Felsstraße, sind weiße, gewebte Damenunterhemden das Stück zu 10.50 Mk. zu haben.

Rüdesheim, den 25. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 22. Okt. In der Preussischen Landesversammlung stand heute das von der Regierung eingebrachte neue Landwirtschaftskammergesetz zur Debatte. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Vorlage gehen auseinander. Während das Zentrum, die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei der Meinung sind, daß man mit der Vorlage besser gewartet hätte, bis das Reichsgesetz zustande gekommen sei, welches den Rahmen für die einschlägige Gesetzgebung der einzelnen Länder hinsichtlich der Landwirtschaftskammern geben soll, teilen die beiden sozialistischen Parteien und die Demokraten die Ansicht der Regierung, daß man auf dieses Reichsrahmengesetz nicht warten könne. Auch Bayern und Württemberg hätten darauf nicht gewartet. Auch das Organ des Rheinischen Bauernvereins habe noch im Sommer dieses Jahres erklärt, daß der Bauernstand seit langem auf diese Reformen warte. Von den Gegnern der Einbringung der Vorlage in diesem Augenblick wurde darauf hingewiesen, daß es noch eine unstrittene Frage sei, ob in der Landwirtschaftskammer Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusam-

menigen sollen, oder besondere Arbeiterkammern geschaffen werden sollen. Ueber die Reformbedürftigkeit des geltenden Landwirtschaftskammergesetzes bestand Einmütigkeit. Der Antrag, die Vorlage an einen Ausschuss zu überweisen, wurde abgelehnt. Das Zentrum ließ durch seinen Redner, den Abg. Reineke, erklären, daß das Gesetz in der vorliegenden Fassung für die Fraktion nicht annehmbar sei und die Fraktion eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen stellen werde. Die zweite Staatsberatung wurde hierauf bei dem Kapitel Handels- und Gewerbeverwaltung sorgefetzt. Die Debatte über dieses Kapitel kam aber heute noch nicht zu Ende. Sie wird kommenden Mittwoch ihren Fortgang nehmen.

Der Reichshaushaltsplan.

mz. Berlin, 23. Okt. Dem Reichstag ist der Reichshaushaltsplan für 1920 zugegangen. Er sieht im außerordentlichen Haushalt 39891562732 M. Einnahmen vor, sowie 35343647032 M. an fort-dauernden und 4547915701 M. an einmaligen Ausgaben. Im außerordentlichen Haushalt sieht er 52579319139 M. an Einnahmen und Ausgaben vor. § 2 des Gesetzes berechtigt den Reichsfinanzminister zur Beitreibung einmaliger, ordentlicher Ausgaben von 32841550115 M. durch Anleihen flüssig zu machen und zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse Schatzanweisungen bis zu 6 Milliarden Mark auszugeben, die nach § 4 ebenso wie die Schuldverschreibungen und die Reichswchsel auch auf ausländische oder gleichzeitig auch auf in- und ausländische Währung sowie im Auslande zahlbar ausgestellt werden.

Kosten der Zwangswirtschaft.

mz. München, 22. Okt. Im Verlaufe einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses des bayerischen Landtages machte Landwirtschaftsminister Wugenhofer-München Mitteilungen, aus denen sich ergibt, daß die Reichsgetreidestelle im ganzen 4912 Personen, darunter 4 Geschäftsführer mit je 6000 M. Monatsgehalt, 5 stellvertretende Geschäftsführer mit je 4000 M. Monatsgehalt usw., beschäftigt mit einem Gesamtlohnenaufwand von 72688331 M. Die Verwaltungsabteilung beschäftigt 14 hohe Beamte, 40 mittlere Beamte, 120 Angestellte im Bürodienst, 41 Angestellte im Kanzleidienst und 60 Unterbeamte mit einem Kostenaufwand von 2119845 M. Im Wirtschaftsjahr 1919/20 wurden von der Reichsgetreidestelle erfasst: an Inlandsgetreide 51315000 Zentner und Auslandsgetreide annähernd 10 Millionen. Auf jeden Zentner der erfassten Getreidemengen entfallen von den der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle erwachsenen Unkosten 1.35 M. Der Minister bemerkte noch dazu, der Reichswirtschaftsminister habe ihm erklärt, daß Vorsorge getroffen worden sei, daß 1200 Beamte der Reichsgetreidestelle herauskommen, und daß er mit den Ariensogefellschaften aufräumen werde. In Bayern koste die Verwaltung des Brotgetreides überhaupt nichts.

Deutschland und Rußland.

Düsseldorf, 22. Okt. Gestern wurde die Meldung verbreitet, daß ein deutsch-russischer Vertrag über die Lieferung deutscher Lokomotiven unterzeichnet werde, sobald der Friedensvertrag zwischen Rußland und Polen vollzogen sei. Es handle sich um einen Auftrag in Höhe von 600 Millionen Goldmark. Die Verteilung des Auftrages an die deutschen Lokomotivfabriken sei schon geregelt. Auch bestie über die Zahlungsbedingungen bereits volles Einverständnis. Dazu schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“:

„Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß diese Meldung insofern den Tatsachen entspricht, daß Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland wegen Lieferung von Lokomotiven stattgefunden haben. Leider ist nicht damit zu rechnen, daß ein Vertrag in dem obigen Sinne in absehbarer Zeit zum Abschluß kommen wird. Die Verhandlungen waren schon ziemlich weit gediehen, sind dann aber plötzlich auf einem toten Punkt angelangt. Es haben sich Schwierigkeiten ergeben, deren Beseitigung nicht in der Macht Deutschlands liegt, so daß ein Zustandekommen des Vertrages für die nächste Zeit ausgeschlossen erscheinen muß. Der Stein des Anstoßes liegt auch hier wieder in dem verfallenen Friedensvertrag. Aus den in letzter Zeit bekanntgewordenen zahlreichen Bestellungen deutscher Industrieerzeugnisse von Seiten des Auslandes geht

hervor, daß man die deutsche Arbeit in der Weltwirtschaft nicht entbehren kann. Die obige Meldung faßt übrigens die Summe der Lokomotivaufträge, die wir von Rußland hätten erlangen können, viel zu hoch. Nach unsern zuverlässigen Informationen handelt es sich um einen Auftrag von 1,8 Milliarden Papiermark oder 180 Millionen Goldmark. Das wäre aber doch ein gewaltiger Auftrag, der vielen deutschen Arbeitern Beschäftigung geben könnte.“

Volksabstimmung in Oberschlesien.

mz. Berlin, 23. Okt. Gegenüber einer Meldung der polnisch orientierten „Oberschlesischen Grenzzeitung“, daß die deutsche Regierung alle Gebel in Bewegung setze, um die Volksabstimmung in Oberschlesien bis zum nächsten Sommer zu verschieben, wird in der „Deutsche Allg. Ztg.“ erklärt, daß es weder in Oberschlesien noch im übrigen Deutschland irgendeine Instanz gebe, die nicht wünsche, daß die unerträglich Unsicherheit in Oberschlesien nicht durch eine möglichst baldige Entscheidung beseitigt werde. Aber selbstverständlich werde von deutscher Seite die Garantie gefordert, daß die Abstimmung in allen ober-schlesischen Bezirken unbeeinträchtigt und frei erfolgen könne.

Paris, 22. Okt. Charles Bonneson, den das „Echo de Paris“ zu Herrn Korsantj nach Oberschlesien entsandt hat, veröffentlicht heute einen zwei Spalten langen Artikel. Korsantj habe ihm gesagt: Ich bin heute der Herr von Oberschlesien. Von den außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesiern werde er keine 50 000 zur Abstimmung über die Grenze lassen. Auf die Frage, wie er das machen wolle, habe Korsantj geantwortet: „Das ist mein Geheimnis.“ Uns scheint, daß man in Deutschland mehr als bisher der Tätigkeit des Herrn Korsantj nachgehen sollte.

Berlin, 22. Okt. (Amtlich.) Auf Beschluß des Reichskabinetts beauftragte der Reichskanzler am 16. Oktober den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister, die Rechtslage hinsichtlich der gegen die Person des Reichsernährungsministers und seine Geschäftsführung festzustellen. Die Minister schlossen heute ihre Prüfung ab, und auf Grund ihres Berichtes kam das Kabinett einstimmig zu dem Ergebnis, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers außer allem Zweifel steht.

mz. Berlin, 22. Okt. (Privat-Tele.) Nach der „B. Z.“ sind in der großen Spiritusliebung, die von Holland aus versucht wurde und wegen der sich der Rechtsanwalt Kallenbach vor einigen Tagen im Berliner Untersuchungsgefängnis erhängte, rund zwei Dutzend Personen beteiligt. Es sollten Spiritusmengen im Werte von etwa 25 Millionen Mark eingeschmuggelt werden. Die gesamte Schiffsladung wurde in Köln beschlagnahmt. Es wurden vier Personen, der Berliner Rechtsanwalt Kallenbach, der frühere Kapitän Meier, der Kaufmann Last und ein Angestellter der Branntweinmonopolverwaltung, Dittmann, verhaftet. Dittmann sollte, wenn er die notwendigen Papiere einbrächte, 1 Mark Provision pro Liter, insgesamt 320 000 Mark, erhalten. Da Dittmann aber die Papiere nicht beschaffen konnte, vermittelte er wenigstens Briefbogen und Umschläge des Monopolamtes, die zur Beförderung der notwendigen Briefe verwendet wurden. Auch in Trier ist die Beschlagnahme eines geschobenen Spirituslagers gelungen. Der Agent von der Henke und die Apothekerfrau Kambo aus Luxemburg wurden dabei verhaftet, als Henke den mit der Beschlagnahme beauftragten Beamten, die als Käufer auftraten, das heimliche Lager zeigte.

Berlin, 22. Okt. (Zensur durch den Seher.) Die „Freiheit“ erschien mit einigen weißen Zensurstreifen. Wie das Blatt mitteilt, erklärt sich das so, daß die Handsieger, die überwiegend auf der Seite von Moskau stehen, sich weigerten, die Versammlungsankündigungen des rechten Flügels der U.S.P. zu setzen. Verhandlungen über diesen Streit haben zu keiner Einigung geführt, weshalb sich dann die Geschäftsleitung der „Freiheits“-Druckerei an das Tarifamt wandte. Dieses erwartete die Seher und erklärte, daß bei fortgesetzter Weigerung trübselige Entlassung eintreten könne.

Die Wahlen zum preussischen Landtag.

Berlin, 23. Okt. Der Ausschuss für die Neuwahlen in der preussischen Landesversammlung trat heute zu seiner ersten Beratung über den Gesetzentwurf für die Wahlen zum preussischen Landtag zusammen. Der Antrag der Unabhängigen, die Landesversammlung für aufgelöst zu erklären und sofort Neuwahlen auszuschreiben, wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Eine längere lebhafteste Erörterung knüpfte sich an die Anträge der beiden Rechtsparteien, als Wahltermin den 12. Dezember festzulegen. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag auf Bildung eines kombinierten Ausschusses mit Mehrheitsbeschluss angenommen. Es bleibt also hinsichtlich des Wahltermins voraussichtlich bei der Abmachung, daß die Wahlen drei Monate nach der Verabschiedung der Verfassung stattfinden. Da die Beratungen über das Wahlgesetz erst nach der Aussprache zwischen den Vertretern der beiden Parlamente fortgesetzt werden, wird sich der Ausschuss in seinen nächsten Sitzungen vorläufig mit dem Gesetzentwurf über das Wahlrecht zu den Kreis- und Provinziallandtagen beschäftigen.

Die Neugliederung des Reiches.

Berlin, 24. Okt. Der „Zentralstelle für die Neugliederung des Reiches“, deren Aufgabenkreis und Zusammensetzung wir gestern geschildert haben, gehören als Vertreter des Reichstages an: die Abgeordneten Dr. Beyerle, Dr. von Delbrück, Heile, Hofmann (Kaiserlautern), Dr. Knas (Trier), Ledebour und Leuthener. Der Reichsrat stellt je sieben Hauptvertreter, erste Stellvertreter und zweite Stellvertreter; als Hauptvertreter gehören der Zentralstelle an: die preussischen Staatssekretäre Göhre und Dr. Freund, der bayerische Gesandte Dr. v. Freger, der sächsische Gesandte Dr. Koch, der hamburgische Bürgermeister Stolten, der braunschweigische Gesandte Boden und der hessische Gesandte Dr. Freiherr v. Biegeleben. Vom Reichsminister des Innern sind folgende Persönlichkeiten in die Zentralstelle berufen worden: Oberbürgermeister Dr. Adenauer (Köln), der Professor des Staatsrechts an der Universität Heidelberg Dr. Anschütz, Oberpräsident a. D. v. Batocki, der frühere Reichskanzler Bauer, Großkaufmann Biermann (Bremen), der frühere Reichsminister Dr. David, der preussische Staatsminister für die Verwaltungsreform Dr. Dreuss, der Professor der Geographie an der Universität München Dr. v. Drygalski, Unterstaatssekretär a. D. Dr. Göppert, Staatsminister a. D. Dr. v. Knilling (München), Prof. Dr. Lindemann (Köln), Universitätsprofessor Geh. Regierungsrat Dr. Meinecke (Berlin), Reichsminister a. D. Dr. Preuß, der frühere Reichschatzsekretär Graf v. Rößern, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates Hr. v. Schremler-Bieser, der Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin Dr. Schumacher, der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau Dr. Schwander, Bankier Max W. Warburg (Hamburg) und das Mitglied des Direktoriums der Friedrich Krupp A.-G. in Essen Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeldt. Vorsitzender der Zentralstelle ist Graf Rößern.

Deutschlands innere Lage.

Berlin, 23. Okt. Der Präsident des deutschen Reichstages, Löbe, äußerte sich gegenüber einem Vertreter der schweizerischen Depeschagentur über die innere Lage folgendermaßen: Soweit sich heute die Lage übersehen läßt, ist vorläufig noch mit dem Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition zu rechnen, die zwar keine absolute Mehrheit hinter sich hat, aber auf wohlwollende Duldung der Nachbarparteien rechnet. Eine Erweiterung nach rechts oder links erscheint auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung würde unser Land zu einem Kampfgebiet machen. Der Kasseler Parteitag der Sozialdemokraten hat dahin votiert, daß die Zeit für den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung noch nicht gekommen ist. Die beiden kommunistischen Richtungen werden sich bald verschmelzen und die beiden sozialistischen Parteien durch die Verhältnisse bald genötigt werden, gemeinsame Politik zu machen. Aber diese ruhige Entwicklung erscheint durch zwei wirtschaftliche Faktoren gefährdet: Beliegt es nicht, weiterer Arbeitslosigkeit und größerer Teuerung Einhalt zu gebieten, dann können die verzweifelte Massen die ruhige Entwicklung auf das schwerste bedrohen. Verliert Deutschland die Kohlenschätze Oberschlesiens, dann ist nicht nur der Lebensnerv unserer Wirtschaft getroffen, sondern auch die Erfüllung des Versailler Vertrags unmöglich; dann würde die Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands zusammenbrechen.

Der Stand der Mark.

mz. Mainz, 22. Okt. Der Devisenmarkt war heute ziemlich unverändert. Im Auslande notierte die Mark in Zürich eine Kleinigkeit niedriger, war aber in Paris und Stockholm un-

verändert. In Berlin waren die ausländischen Zahlungsmittel ebenfalls teilweise unverändert, zum Teil etwas zur Schwäche neigend.

Die Sozialisierung des Bergbaues.

Berlin, 23. Okt. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten im Reichstag hat, wie die „Freiheit“ mitteilt, dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Bergbaues vorgelegt. Als Antragsteller kann natürlich nur die von der „Freiheit“ vertretene rechte Gruppe der Fraktion in Betracht kommen, die unter Führung Crispians und Ledebours steht.

Der Gesetzentwurf selbst wird heute in der „Freiheit“ veröffentlicht. Er folgt mit einigen Abweichungen in der Hauptache dem Vorschlag I der zweiten Sozialisierungskommission, der, wie bekannt, die sofortige Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues und der Kohlenweiterverarbeitung anstrebt. Die Abweichungen des von der Unabhängigen Fraktion vorgelegten Entwurfes von dem Vorschlag der Sozialisierungskommission beziehen sich im wesentlichen nur auf die Frage der Entschädigung für die zugunsten der deutschen Kohलगemeinschaft zu enteignenden Betriebe. Während der Vorschlag der Sozialisierungskommission in seinem § 3 ausdrücklich Enteignung der Betriebe nur gegen angemessene Entschädigung zuläßt, dekretiert der § 3 des Entwurfes der Unabhängigen Fraktion, daß alle privaten und staatlichen Kohlenbergwerke in das Eigentum der deutschen Kohलगemeinschaft übernommen werden. Ähnlichen Gesichtspunkten wie diese Abweichung entspringt wohl auch die an dem § 19 vorgenommene Aenderung, wo bei Bestimmung über die Verteilung des Hausbrandes der Kleinhandel in dem Entwurf der Unabhängigen Fraktion ausgeschaltet ist. Im § 20 ist analog für den Ein- und Ausfuhrhandel mit Kohlen die in dem Entwurf der Sozialisierungskommission zugelassene kaufmännische Vermittlung gestrichen. Die übrigen Abweichungen beziehen sich lediglich auf die Zusammenfassung des Reichskohlenrates, die Bestellung des Vorsitzenden des Reichskohlen direktoriums und die Bestellung der technischen und kaufmännischen Angestellten der Kohलगemeinschaft. Sie sind aber ohne grundsätzliche Bedeutung. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf gehen die unabhängigen Antragsteller von der Auffassung aus, daß das Wirtschaftsleben von Deutschland eines grundsätzlichen Neuaufbaus bedürfe und daß die schwere Krise des Kapitalismus nur durch die Durchführung des Sozialismus überwunden werden könne. Mit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues soll deshalb begonnen werden, weil dieser die ökonomischen Vorbedingungen erfüllt und weil damit zugleich eine entscheidende Machtposition über das Wirtschaftsleben in die Verwaltung der Allgemeinheit übergeführt werde. Zu der Frage der Entschädigung bemerkt die Begründung: „Der Entwurf entspricht nicht den weitgehenden Forderungen, die die Arbeiterklasse zu stellen berechtigt ist; insbesondere behalten wir uns unsere Stellungnahme zur Entschädigung, die in der Reichsverfassung vorgesehen ist, vor. Dies ist eine Frage der Machtverhältnisse der Klassen. Grundsätzlich vertreten wir den Standpunkt, daß in einer sozialistischen Gesellschaft kein Raum für eine andere Art des Einkommens als des Arbeitseinkommens sein kann. Unsere Stellung zur Entschädigung bei Einzelsozialisierungen hängt ab außer von den bei der Entschädigung befolgteten Grundsätzen von der Art der Aufbringung der Kosten, also von der Gestaltung der Steuern. Aber wir bringen diesen Gesetzentwurf ein, um ihn zur Grundlage der Beratungen zu machen gegenüber allen den Versuchen, die kapitalistische Herrschaft im Kohlenbergbau aufrecht zu erhalten, der fälschlich der Name Sozialisierung beigelegt wird.“

Ostpreußen — Danzig — Oberschlesien.

Berlin, 23. Okt. Am 26. Oktober sollen zwischen den Reichs- und Staatsbehörden und den ostpreussischen Berufsständen neue Verhandlungen über die wirtschaftliche und politische Verwaltung Ostpreußens stattfinden und zwar auf Grund einer Denkschrift, die der Oberpräsident überreicht hat. Es wird darin, wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, zunächst bestritten, daß Ostpreußen von den anderen preussischen Provinzen wegen seiner Lage und seiner besonderen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Verhältnisse eine Bevorzugung auf dem Gebiete der Verwaltungsautonomie verlangen müsse. Sodann werden die ostpreussischen Verkehrsnetze dargestellt und die Forderung erhoben, daß die Regierung so schnell wie möglich für die Sicherstellung eines geordneten Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem Reich Sorge. Drittens wird eine Herabsetzung der Land- und Wasserfrachten nach Ostpreußen verlangt, weil die ostpreussische Wirtschaft infolge der Transporterleichterungen, die sich aus seiner Abhängigkeit ergäben, gegenüber den anderen Reichsgebieten einer Uberteuerung ausgesetzt sei. Viertens wird eine Sonderregelung der Aus- und Einfuhrbestimmungen für Ostpreußen gefordert, weil der ostpreussische Außenhandel infolge der Abhängigkeit von den Berliner Zentralstellen schon vielfach schwere Schädigungen erlitten habe. Im letzten Teil wird dann die baldige Schaffung eines Provinzialwirtschaftsrates gewünscht, der die Arbeitsverhältnisse in Ostpreußen zu regeln hätte.

Paris, 22. Okt. Die Botschafterkonferenz hielt heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung ab. Es wurde mitgeteilt, daß die polnische Regierung sich weigere, dem Vertrag zuzustimmen, der zwischen dem Reich und Polen auf Grund des Art. 104 des Friedensvertrages abgeschlossen werden sollte und der bereits die Genehmigung des Botschafterrates gefunden hatte. Infolgedessen hat die Botschafterkonferenz beschlossen, noch heute vormittag eine interalliierte Kommission zusammenzuberaufen, die unter dem Vorsitz von Minister Laroche stehen und der je drei Vertreter von Danzig und Polen angehören sollen. Man wird versuchen, eine Lösung für das Statut Danzigs zu finden.

Berlin, 21. Okt. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten legte am Samstag vormittag die Beratung vom Donnerstag über die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien fort. Es waren u. a. anwesend der Reichskanzler sowie die Reichsminister des Innern und des Innern, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstages und der Preussischen Landesversammlung. Das Ergebnis der Verhandlungen ist: Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle alldeutsche Autonomie einführt, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt. Die Annahme des Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Streik in England.

Glasgow, 22. Okt. Der Präsident des Bergarbeiterverbandes, Smilie, hat in einer Rede von neuem bekräftigt, daß die Verabredung von dem besten Willen erfüllt seien, mit den Grubenbesitzern über die Frage der Erhöhung der Erzeugung Vereinbarungen zu treffen unter der Bedingung, daß man ihnen die verlangte Lohnerhöhung zugehe.

London, 22. Okt. Als Folge des Bergarbeiterstreiks werden neuen Änderungen in den Transporten zwischen England und Frankreich angekündigt. Auf der Linie Southampton—St. Malo wird der Verkehr heute eingestellt, die Linie Southampton—Le Havre wird am Samstag unterbrochen.

London, 24. Okt. Die durch das vorläufige Ultimatum der Eisenbahner verursachte Verwirrung dürfte durch ein Eingreifen des Parlaments-Komitees der Gewerkschaften geklärt werden. Die Einberufung einer allgemeinen Sitzung der vereinigten Gewerkschaften auf Mittwoch bedeutet eine Sammlung der zerstreuten Kräfte zu einer gemeinsamen Demonstration der Arbeitermassen. Die „Times“ nennt dies einen neuen Schritt in der Gewerkschaftsbewegung. Der ausgesprochene Zweck ist die Bekämpfung der Dile für die Bergleute in Verbindung um eine Beilegung des Konflikts und die ausdrückliche Aufforderung, inzwischen keine Einzelaktion zu unternehmen. Demgemäß erfolgt die Verschiebung des Eisenbahnerstreiks, den ein großer Teil der Eisenbahner sowie Thomas selbst mißbilligen. Es steht zu erwarten, daß inzwischen der Vollzugsausschuss des Bergarbeiterverbandes zusammengetreten wird, was als günstiges Zeichen gedeutet wird. Wahrscheinlich wird ihr ein neuer vom Bergdepartement im Auftrag der Regierung ausgearbeiteter Lohnvorschlag vorgelegt werden, was zu einer neuen Konferenz führen könnte. Auf der Hoffnung, daß dieser Vorschlag eine Lohnerhöhung von zwei Schilling vorläufig gewährt und die Festsetzung der Relation des Lohns zur Förderung durch den National Wages Board auf der Grundlage eines gemeinsamen Strebens der Arbeiter und Eigentümer nach erhöhter Produktion enthält, beruht der gewisse Optimismus der beteiligten Kreise. Dem neutralen Beobachter erscheint ein so großes Maß von Vernunft noch keineswegs gesichert zu sein. Ein weiterer Zeitverlust würde eine neue Komplikation bedeuten. Übrigens werden die sichtbaren Streikfolgen abertreten. Verkehr und Leben sind normal. Die verursachte Arbeitslosigkeit beläuft sich bisher auf rund fünfzigtausend Mann außer den Streikenden. Andererseits beträgt der Wochenanfall an Kohlen viereinhalf Millionen Tonnen und Lohnverlust.

Irlands Zukunft.

London, 20. Okt. Immer deutlicher wird erkennbar, daß der Kampf gegen die Iren dem katholischen Irland gilt. Die englische „Katholic Times“ weist auf das prophetische Buch des verstorbenen englischen Konvertiten Hugh Benjon „Der Herr der Welt“ hin, nach dem Irland der Schauplatz des Kampfes zwischen Kirche und Antichrist sein wird. Zurzeit sind die irischen Priester die Opfer des Treibens der englischen Polizei. So wurde in Headford in der Grafschaft Galway der Ortspfarrer, Father Morley, auf einem Motorwagen gefangen abgeführt, unter dem Vorwand, daß man in seinem Hause eine Spatenflinte bei einer Durchsuchung gefunden habe, zu der er keinen Waffenschein habe aufweisen können. Die Befragung verursachte in Headford große Erregung. Auch von einem zweiten Fall von Verhaftung eines Pfarrers wird erzählt. Bei einem Dritten genügte der Verdacht, daß sein Bruder Priester und Sinnseiner sei, um ihn gefangen zu nehmen. Der Pfarrer J. W. Mehan in Castlebar wurde gleichfalls von Polizei und Soldateska gefangen abgeführt. Auch

Seminari
den Blin
unterwor
Priester
renten bel
rechts im
pallow-Co
Seminar f
vom Mili
kafte. Au
fakter des
auch, daß
terbury
englische
weil die
legenheit
katholische
hat der en
Grade red
die purita
sieben als
die M
minister, s
auffordert
der Ueber
Blunke de
ebenfalls
in ihrem
schuß und
seit Irland
nationalen
auch der
freitlich v
deisen, voll

B
* Müb
den 26. O
Stadtveror
katt:
1. Einfähr
neten S
2. Gehalts
3. Festsetz
Herrn L
4. Anfrage
verforgu
5. Wahl d
6. Ortsaus
7. Anstellu
8. Wahl e
Finanz
Ueberwa
9. Mittelu
* Müb
den 26. ds
Vollschule
* Müb
mungen in
der Zwange
zur Aufklä
nachstehende
Reichsvero
anzuverläßl
handel konz
Sinne gilt
ger und Fle
Behandels
Regierungs
für den Re
hart a. M.
die Viehver
unverzüglich
Landkreiser
furt a. M.
alle Frankf
bleibt die
gleich son
bar auszub
Bestimmung
bedroht. I
geben den R
rungen anwei
und des Po
ycksfleisch
* Mübe
gen.) So
des befehlet
aufmerksam
berungen, b
Zone, Pässe
dagegen gef
polizeigericht
aus Frankfurt
aus Berlin,
Z., Massenb
antworten.
* Mübe
leiten in der
hat das Reich
bindung leich

Seminarien und Priestererziehungsanstalten wurden Blünderungen und zahlreicher Belästigungen unterworfen. So wurde das St. Nieran-Colleg, das Priesterseminar der Diözese Ossory, das 200 Studenten beherbergt, nachts durchsucht, obwohl man nichts im geringsten dort entdecken konnte. Das Ballow-Colleg in Dublin, das berühmte Priesterseminar für die auswärtigen Missionen, wurde vom Militär überfallen und ein Student verhaftet. Aus diesem ganzen antikatholischen Charakter des Krieges gegen die Iren erklärt es sich auch, daß der anglikanische Erzbischof von Canterbury sich geweigert hat, einen Schritt bei der englischen Regierung zugunsten der Iren zu tun, weil die irische Frage eine interne irische Angelegenheit sei, eine Auseinandersetzung zwischen katholischen Iren und den Ulstermen. Freilich hat der englische Primas bis zu einem gewissen Grade recht. Und man versteht es wohl, daß ihm die puritanischen non-conformistischen Ulster näher liegen als die katholischen Iren. Um so erfreulicher ist die Meldung, daß der Erzbischof von Westminster, Kardinal Bourne, selbst das englische Volk auffordert, für Irland zu beten, wie er selbst bei der Uebertragung der Gebeine des seligen Oliver Plunket dessen Fürbitte für Irlands Volk anrief; ebenso hat die katholische italienische Volkspartei in ihrem Parteiorgan „Popolo Nuovo“ die Freiheit Irlands als eine Notwendigkeit von internationalem Gesichtspunkt aus gefordert, gleichwie auch der Parteitag der Popolari für Irlands Befreiung vom englischen Militarismus und für dessen vollständige Unabhängigkeit eingetreten ist.

Bermischte Nachrichten.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** Morgen Dienstag, den 26. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet eine Stadtverordneten-Sitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Einführung und Verpflichtung des Stadtverordneten Herrn Leonhard Trieb.
2. Gehaltsregelung der Beamten und Angestellten.
3. Festsetzung der Vergütung für den Beigeordneten Herrn H. Brogitter.
4. Anfrage des Stadtverordneten Raß wegen Kartoffelversorgung.
5. Wahl des Schiedsmannstellvertreters.
6. Ortsauschuss für die Kriegsbeschädigten.
7. Anstellungsvertrag des Herrn Werkmeisters Stahl.
8. Wahl eines Mitglieds für den Verkaufsausschuss, Finanz- und Organisations-Ausschuss und Beschluß-Überwachungskommission.
9. Mitteilungen.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** Morgen Dienstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr findet in der Volksschule die Mutterberatungsstunde statt.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** Ueber die Bestimmungen in Vieh- und Fleischhandel nach Aufhebung der Zwangswirtschaft herrschen noch viele Unklarheiten. Zur Aufklärung wird uns von zuständiger Stelle nachstehendes mitgeteilt: Grundsätzlich ist nach der Reichsverordnung vom 19. 9. 1920 zur Fernhaltung unzuverlässiger Persönlichkeiten der gesamte Viehhandel konfessionspflichtig; als Viehhandel in diesem Sinne gilt auch der unmittelbare Einkauf der Metzger und Fleischwarenfabrikante beim Viehhalter. Die Viehhändlererlaubnis wird von der durch den Herrn Regierungspräsidenten beauftragten Bezirksfleischstelle für den Regierungspräsidenten Wiesbaden in Frankfurt a. M., Untermainanlage 9 erteilt. Die für die Viehverkäufe vorgeschriebenen Schlussscheine sind unverzüglich nach Tätigung jedes Geschäftes in den Landkreisen bei den Landräten, in den Städten Frankfurt a. M. und Wiesbaden bei der Bezirksfleischstelle Frankfurt a. M. einzureichen. Für die Metzger besteht die Verpflichtung, die Kleinhandelspreise für Fleisch sowohl im Laden, wie im Erker deutlich sichtbar auszuhängen. Verstöße gegen die vorgenannten Bestimmungen sind mit Geld- bzw. Freiheitsstrafen bedroht. Interessenten können Abdruck der maßgebenden Reichsverordnung und preussischen Ausführungsanweisung gegen Erstattung der Selbstkosten und des Portos (zusammen 50 Pfg.) bei der Bezirksfleischstelle erhalten.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** (Die Pässe nicht versehen.) Schon des öfteren ist in den Tagesblättern des besetzten und des unbesetzten Gebietes darauf aufmerksam gemacht worden, bei Reisen oder Wanderungen, besonders in der Grenzgegend der besetzten Zone, Pässe mitzuführen. Immer jedoch wird noch dagegen gefehlt. So hatten sich vor dem Militärpolizeigericht Wiesbaden deshalb gestern 16 Einwohner aus Frankfurt a. M., sowie weitere 13 Personen aus Berlin, Lohr a. M., Erbach i. D., Soden a. L., Massenheim, Schierstein und Wiesbaden zu verurteilen. Sie wurden in Geldstrafen bis zu 100 Mark genommen.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** Wegen der Schwierigkeiten in der Beschaffung von Holzstößen und Kubbeln hat das Reichspostministerium verfügt, daß zur Verpackung leicht zerbrechlicher Gefäße mit Flüssigkeiten

mit der Post Holzstößen unter folgenden Bedingungen verpackungsweise zugelassen werden: Die Holzstößen müssen durch feste Holzleisten geböhrig verpackt sein; die Ristenwände dürfen nicht durch Drahtstifte zusammengehalten werden, sondern müssen aus einem Stück bestehen; der Stoff darf nicht brüchig, sondern muß glatt und widerstandsfähig sein. Der Inhalt muß durch Holzwolle oder dergl. sorgfältig gegen Stoß und Druck ausreichend gesichert sein. Das Gewicht der Sendung darf 10 Kg. nicht übersteigen. Alte abgenutzte Holzstößen, die nicht mehr genügend widerstandsfähig sind, oder Risten mit zu dünnen Wandungen, die sich durch Druck oder Stoß leicht umbiegen lassen, werden nicht angenommen. Die Holzstößen müssen umschnürt sein.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** Von jetzt an sind verpackungsweise gewöhnliche frankierte Brieffsendungen nach Sowjet-Rußland zugelassen. Sie werden mangels anderer Verbindungen über Bardö (Norwegen) geleitet und von da ein- bis zweimal wöchentlich mit russischen Motorschiffen nach Archangelsk weiterbefördert. Gebühren wie im Weltpostverkehr. Eine Gewähr dafür, daß die Sendungen in die Hände der Empfänger gelangen werden, kann nicht übernommen werden.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** (Wieder Schlafwagen 2. Klasse.) Die Wiedereinführung der 2. Wagenklasse in den Schlafwagen ist, wie dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig auf seine Eingabe an den Reichsverkehrsminister mitgeteilt wird, vom Tage der Einführung des Winterfahrplans am (24. Oktober) vorläufig in Aussicht genommen worden. Bisher konnten die Schlafwagen nur von Reisenden mit einer Fahrkarte 1. Klasse benutzt werden.

* **Rüdesheim, 25. Okt.** Die Abwanderung nach der 4. Klasse geht in starkem Maße weiter. Im Frankfurter Hauptbahnhof z. B. ist der Andrang zu den Schaltern 4. Klasse so stark geworden, daß zwei neue Schalter 4. Klasse geöffnet werden mußten. Die Einnahmen an fast jedem Schalter 4. Klasse haben sich im letzten Vierteljahr um 5-600 000 Mark erhöht, natürlich auf Kosten der anderen Klassen.

Ahmannshausen, 23. Okt. Am nächsten Mittwoch, nachmittags 3/4 Uhr findet im Rathaus die Mutterberatungsstunde statt.

Bingen, 21. Okt. In der Binger Pfarrkirche entdeckte der den Küsterdienst versiehende Franziskanerbruder, daß das in der Kreuzkapelle der Pfarrkirche hängende Gemälde, den sel. Bartholomäus Holzhauser darstellend, aus dem Rahmen geschnitten und entwendet worden war. Das Gemälde, das wohl aus dem 16. Jahrhundert stammt, war eins der ältesten, die sich noch im Besitze der Pfarrkirche befinden. Ein gleichaltriges ist nur noch im Mainzer Priesterseminar vorhanden. Der Verlust ist unerlässlich, wenn auch Kopien des Bildes vorhanden sind. Von dem Diebe hat man keine Spur.

Bingen, 23. Okt. (Die Ausfuhr von Kartoffeln aus Rheinhessen verboten.) In der Kartellsetzung der Arbeiterverbände in Mainz wurde der Beschluß bekannt gegeben, der zur Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln von sämtlichen Kreisdirektoren gefaßt wurde. Danach ist die Ausfuhr von Kartoffeln aus der Provinz Rheinhessen verboten und nur gegen schriftliche Genehmigung des Kreisamtes gestattet. Die Kontrolle auf den Bahnhöfen usw. wird verschärft, die Gendarmerie durch Zivilpersonen mit polizeilichen Vollmachten verstärkt. Der

Höchstpreis beträgt 25 Mark für den Zentner Kartoffeln. Händler und Makler müssen Ausweise des Kreisamtes führen. Verbotswidrig verladene Kartoffeln werden beschlagnahmt. Den Betriebsräten wurde der weitere Einkauf untersagt. Der Aktionsausschuss der Mainzer Metallarbeiter hatte bereits 6000 Zentner Kartoffeln eingekauft. Das Ernteergebnis für Rheinhessen wird als gut bezeichnet und auf 4 Millionen Zentner geschätzt, so daß bei der eingeleiteten Organisation jedermann auf Versorgung rechnen könne.

Eltvile, 22. Okt. Herr Rektor Kleemann ist als Kreis Schulinspektor nach Montabaur berufen worden.

Ingelheim, 21. Okt. Der Flugplatz bei Badernheim, den die französische Militärbehörde vor längerer Zeit angelegt hatte und der infolge der deutschen Bemühungen im Interesse der Nuzbarmachung des Ackerbodens für die Volksernährung aufgehoben werden sollte, wird nun anscheinend doch in Badernheim bleiben, da das Reichsvermögensamt die Erd- und Maurerarbeiten für die Fliegerstation Badernheim jetzt vergibt. Es handelt sich jedenfalls um die Erbauung von Wohnungen zur Unterbringung der Mannschaften.

Mainz, 20. Okt. Bei der amtlichen Lebensmittelaufsichtsgesellschaft für den Kreis Großgerau wurde infolge der Verschiebung von 900 Zentnern Zucker ein Fehlbestand festgestellt und der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Frankfurt, 22. Okt. Hier sind für abgelieferte Waffen etwa 340 000 Mark im Regierungsbezirk Wiesbaden, einschließlich des dazu gehörigen besetzten Gebietes, 1,5 Millionen Mark bezahlt worden. Abgeliefert wurden: 5 Mienenwerfer, 25 Maschinengewehre, 12 085 Gewehre, 1583 Revolver, 50 Handgranatenwerfer, 3 Geschützrohre, 264 141 Infanteriegeschosse usw. Die Ablieferung war in den ländlichen wie Industrie- und bürgerlichen Verhältnismäßig gleich stark und muß als gut bezeichnet werden.

Frankfurt, 22. Okt. Heute Vormittag kam es in der Gutenbergstraße zwischen Schiebern und Eisenbahnkriminalbeamten zu einem Kampf bei dem ein Schieber ein gewisser Reichwein aus Soffenheim bei Höchst a. M., von den Beamten durch einen Schuß getötet wurde.

Rirn, 21. Okt. Das Kirner Kohlenbergwerk, das von 1720-1867 in Betrieb gewesen ist, dann still lag und in diesem Jahre von der Firma G. H. Nothe in Kreuznach wieder in Betrieb genommen worden ist, entwickelt sich langsam weiter. Jetzt sind im Ganzen gegen 180 Mann beschäftigt, täglich werden eine Anzahl Eisenbahnwaggons Kohlen versandt. Die Kohlen werden zur Maschinenheizung viel verlangt. In größerer Tiefe sind starke Flöze vorhanden, die auch für den Hausbrand geeignet sind, so daß das Bergwerk eine aussichtsreiche Zukunft hat. Die drei Stollen sind 800 Meter wagrecht vorgetriebene Gänge unter Benutzung der alten Gänge.

Röln, 23. Okt. (Röln Karneval). Beim Röln Polizeipräsidium hat eine Versammlung aller zuständigen Kreise einmütig beschlossen, daß mit Rücksicht auf die bedrückte wirtschaftliche Notlage Deutschlands nach wie vor von jeder Faschingsfeier Abstand zu nehmen und vor allem keinerlei Karnevals- oder Maskentreiben auf den Straßen zu dulden sei.

Fahrplan vom 24. Oktober 1920.
Dampfschiff-Verbindung zwischen Rüdesheim und Bingen.

Von Rüdesheim nach Bingen:	
5 ¹⁰ , 6 ⁰⁸ , 7 ¹⁵ , 7 ⁵³ , 8 ³⁰ , 9 ²⁰ , 9 ⁵⁷ , 10 ³² , 11 ²⁰ , 12 ⁵⁰ , 1 ²⁵ , 2 ²² , 3 ⁰⁰ , 3 ⁴⁰ , 4 ⁵⁵ , 5 ⁴⁸ , 6 ⁴⁵ , 7 ⁵⁰ , 8 ⁵⁸ .	
Von Bingen nach Rüdesheim:	
4 ⁴⁶ , 5 ⁵⁰ , 6 ²³ , 7 ³⁴ , 8 ¹⁰ , 9 ⁰² , 9 ³⁸ , 10 ⁰⁸ , 10 ⁵⁰ , 11 ⁵⁸ , 1 ⁰⁶ , 1 ⁴⁵ , 2 ⁴⁰ , 3 ¹⁸ , 4 ²⁰ , 5 ¹² , 6 ⁰⁸ , 7 ²⁰ , 8 ¹⁵ .	

Eisenbahn-Fahrten.

Abfahrt	Abfahrt
von Rüdesheim nach Wiesbaden-(Mainz)-Frankfurt: 3 ³² D, 3 ⁴⁶ , 5 ⁰² W, 6 ³⁸ , 7 ⁰⁰ T, 10 ²⁵ , 11 ⁰⁷ D, 11 ¹² T, 12 ¹⁵ , 3 ³³ , 3 ³⁵ T, 5 ⁰² W, 5 ²⁸ , 6 ⁵⁰ , 8 ⁰⁰ , 8 ⁴ D.	von Rüdesheim nach Niederlahnstein-Roblenz-Röln: 4 ³⁷ W, 6 ⁰⁸ W, 7 ¹² , 8 ¹¹ D, 9 ⁵⁹ , 10 ³⁵ †, 12 ⁵⁰ *, 2 ²² , 2 ⁵⁸ †, 4 ⁴⁵ W, 5 ⁴³ D, 7 ³⁸ , 1 ⁰⁵ D.
Ankunft	Ankunft
in Rüdesheim von Frankfurt-(Mainz)-Wiesbaden: 4 ⁸⁴ W, 6 ⁰⁵ T, 7 ⁰⁷ W, 8 ⁰⁴ , 8 ⁰⁹ D, 9 ⁵⁵ , 12 ⁴⁵ , 2 ¹⁷ , 2 ⁵⁶ T, 4 ⁴¹ , 4 ⁴¹ T, 6 ³⁸ , 5 ⁴¹ D, 7 ³⁴ , 10 ³⁰ , 1 ⁰³ D.	in Rüdesheim von Röln-Roblenz-Niederlahnstein: 3 ³⁰ D, 4 ⁵⁹ W, 6 ³³ , 7 ⁰⁰ , 10 ²² , 11 ⁰⁶ D, 10 ⁵⁷ †, 12 ¹⁰ , 3 ²⁸ , 5 ²⁴ *, 7 ⁴⁴ , 8 ⁵² D.

* Sonntags nur bis und von Ahmannshausen. † nur bis und von Ahmannshausen Werktags.
W nur Werktags. T direkte Triebwagen nach und von Mainz.

Nur im Eisenbahnbetrieb des besetzten Gebietes ist vom 24. 10. 20 ab die westeuropäische Zeit eingeführt, das ist gegenüber der mitteleuropäischen (bürgerlichen) Zeit, ein Zeitunterschied von einer Stunde. Die vorstehend aufgeführten Dampfschiffe und Personenzüge sind durchweg eine Stunde früher gelegt, so daß sie wie bisher weiterverkehren. Beispiel: Ab Rüdesheim nach Wiesbaden vorm. 5.02 Uhr (westeuropäische Zeit) = 6.02 Uhr (mitteleuropäische Zeit).

Grosse Neueingänge

in

Costümen

aus reinwoll. Kammgarn
blau und schwarz Mk. 1100—675

aus reinwoll. Gabardine
braun, schwarz, blau und grün
Mk. 1400—850

aus reinwoll. Tuch
blau und schwarz Mk. 1300—950

Mänteln

aus Sammt-Astrachan
Mk. 1600—875

aus Flausch in aparten Neuheiten
Mk. 900—475

Karierte Mk. 470—180

Kindermäntel

in allen Preisen

Backfisch-Costüme und Mäntel

in reicher Auswahl

Blusen aus Seide, Crêpe de chine, Wolle u. Voile

in grossen Sortimenten

Sammt und Cord

für Kleider, Röcke und Blusen in schwarz, blau, top, grün und braun
von Mk. 62 bis 125.

Haas Nachf. BINGEN.

Beamten- und Bürger-Konsumverein Rhein-Main. — Filiale Rüdeshheim a. Rh.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß die **Kartoffel-**
belieferung im Laufe der Woche beginnt.

Die Kartoffeln werden zum Einkaufspreis plus Unkosten ab-
gegeben. Die Belieferung erfolgt nach den erfolgten Einzahlungen.
Es steht jedem frei, um Fuhrlohn und dergl. zu ersparen, die
Kartoffeln selbst an der Bahn abzuholen.

Der Vorstand.

Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch

Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen

besitzt. Die Ober- und Stadtveterinäre **Dr. Magerl** und **Dr. Seibel** sowie
der Pflanzfachverständige **Dr. Gehrman** geben in dem soeben in dritter
neubearbeiteter Auflage herausgegebenen Werke alle Krankheitsanzeichen und die
notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor
großen Verlusten im Viehstande zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der
Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit **130 Ab-**
bildungen und **3 farbigen zerlegbaren Modellen** vom Pferd, der Kuh
und dem Schwein ausgestattet und **360 Seiten stark**. Die

Ausstattung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig.

Wir sind in der angenehmen Lage, das jedem Landwirt unentbehrliche Buch
an unsere Leser für nur 21.60 Mark

abzugeben, solange der Vorrat reicht.
Es hat schon manchem Viehbefitzer hunderte von Mark an Schaden erspart
und ist von Praktikern klar und leicht verständlich geschrieben. Schönstes Geschenk
für jeden Landwirt und Siedler, vorrätig in der Geschäftsstelle des „**Rheingauer**
Vote“ (A. Meier's Buchdruckerei).

Auto-Reparatur-Werkstätte Alb. Crone

Rüdeshheim a. Rh., Langstr. 1

empfehlenswert in allen vorkommenden Reparaturen an Kraft-
wagen, Boots- und stationären Motoren für Benzin,
Gas und Oel aller Systeme.

Reparaturen an Maschinen aller Art.
Heizungsanlagen. Annahme von Dreharbeiten.
Autogen Schweißen.

Ankauf von Metallen zu höchsten Preisen.

Schöne Aster

zu Allerheiligen
empfiehlt

Heinrich Seibel
Langstr. 7.

Ein junger Mann

der mit Pferden um-
zugehen/versteht, für dau-
ernde Beschäftigung sofort
gesucht

Friedrichstr. 22.

Monatsfrau

(oder Mädchen) gesucht
für tägl. 3—4 Stunden
Hausarbeit.

Frau Schwermer
Grabenstr. 15 I.

Sport-

Fußball-
Ruder-
Turn-

Trikot- u. Hosen

Sportstrümpfe
jeder Art und Farben.
Vorteilhafte Preise.

Franz Brüning Nachfolger

Wäsche-Spezialgeschäft
Bingen, Schmittstr. 8.

Wir machen darauf aufmerk-
sam, daß wir vom 23. ds.
Mts. an

Mohn pressen

und bitten gefl. umgehend solchen
anliefern zu wollen.

Gebrüder Peter, Dehlmühle,
Johannisberg.

KELLEREI- U. WEINBAUARTIKEL KELLEREIMASCHINEN



JULIUS HINCKEL SÖHNE
BAD KREUZNACH
MANNHEIMERSTRASSE Nr. 63
TELEPHON 303.

Nau & Bollenbach Bingen am Rhein

Rathausstraße 15 Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korben, Rapseln,
Kork- und Rapselmaschinen, Fähtala,
Fähtlit, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen,
Fähtbleche, Fäht- und Flaschenbürsten,
Filtermaterial etc.



Drucksachen jeder Art

in geschmackvoller Ausführung liefert

A. Meier's Buchdruckerei

:: Rüdeshheim. ::



Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs- Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgasse 7

Lieferung gediegener

Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-
Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Minderbe-
mittelte Teilzahlung ohne Preis-
erhöhung gestattet

Teilausstellung in Rüdeshheim a. Rh. bei:
Sattlermeister W. Thomas, Oberstraße.

Erachtet
noch u
jährlich
Mk. 5.8

Verant

Nur

Die S
auf Grund

Dieser
ation, w
Reichsge
waffnung
Ausführun
Puntion
eine-Strat
wegen des
gewärtigen
halb der F
schriften-se

Diese
auch im L
Koble

In me
1920 (Reg
S. 226, L
leit der b
bezirks W
bescheinigun
ember da
Dieser
da. 38. ve
Wiesl

über W
Fleischve
nach Au

Auf Gr
einfache Fo
Ueberang
schl. S.
Zustimmung
tag gewähit

Als Bi
Rindvieh ein
Schafe; als
1. Genehu

Der Erl
1. wer
ankau
2. wer
oder
(Vieh
Der Erl
für ihre
Viehhalter a

Die Erla
Sie kann
nützliche
unzuverlässig
lassen, der C

Die Erla
für den Bezir
außerhalb die
und für den
ständig ist d
Antragsteller
gehört einer